Pressemitteilung

Schüler- und Azubiticket

Der Freistaat Thüringen steht aktuell vor mannigfaltigen Herausforderungen. Die Thüringer Schul- und Ausbildungslandschaft steht hierbei zu recht an erster Stelle.

Neben der immer noch ungelösten Unterrichtsabsicherung steht im Prozess „Zukunft Schule“ auch die zukünftige Schulstruktur im besonderen Focus der aktuellen Diskussionen und Pläne der Landesregierung. Berufsschulstandorte werden zurückgefahren, kleine Schulen werden in Frage gestellt und die Inklusion wird vorangetrieben.

In diesem Kontext wird die Frage, wie Schüler und Auszubildende zukünftig zeitlich vertretbar und bezahlbar ihre Schulen und Ausbildungsstätten erreichen immer wichtiger. Die Thüringer Eltern haben das Gesprächsangebot zur „Zukunft Schule“ offen und vorbehaltlos angenommen und sich konstruktiv in diesen Prozess eingebracht.

Umso verstörender ist für die Thüringer Landeselternvertretung die nicht enden wollende Diskussion und immer weitere Verzögerung der Einführung des Schüler- und Azubitickets in Thüringen. In keiner Weise nachvollziehbar ist dabei das kommunizierte Kompetenzgerangel innerhalb der Thüringer Landesregierung. Seit Jahren fordern die Thüringer Eltern die vollständige Freistellung der Schüler und Auszubildenden von den Kosten für die Fahrt zu Schule, Berufsschule und Ausbildungsbetrieb. Nach den Bekenntnissen aller Parteien in ihren letzten Landeswahlprogrammen und Aufnahme in den Koalitionsvertrag der Regierungskoalitionäre mussten wir jedoch feststellen, dass sich die Einführung immer wieder verzögerte, mittlerweile um 2 Jahre. Nunmehr hat der Thüringer Landtag endlich Haushaltsmittel bereitgestellt. Jedoch wird die Einführung mit Abstimmungen mit den Anbietern des ÖPNV, die schwierig bis unlösbar dargestellt werden, verknüpft. Dies können wir nicht nachvollziehen, funktioniert doch bisher die Fahrtkostenerstattung über die Schulen bzw. Schulträger in den dafür vorgesehenen Fällen völlig reibungslos.

Ebenfalls inakzeptabel ist, dass wir den Äußerungen der Landesregierung entnehmen müssen, dass über eine nur anteilige Übernahme der Kosten nachgedacht wird.

Wir fordern alle Verantwortlichen auf, die Einführung eines kostenfreien Schüler- und Auszubildenden Transportes spätestens zum Schuljahresbeginn 2018/2019 abzusichern.